

Flüchtlingspolitik: EU-Asylreform spaltet die Grünen

Nach der deutschen Zustimmung von Innenministerin Nancy Faeser zur umstrittenen EU-Asylreform bricht bei den Grünen heftiger Streit aus. Der Ampelkoalition droht damit die nächste Zerreißprobe.

Seit gut einem Jahr sind sie an der Spitze der Grünen ein Paar. Im Februar 2022 wurden Ricarda Lang und Omid Nouripour zu den neuen Grünen-Chefs gewählt. Waffenlieferungen, Streckbetrieb für Atomkraftwerke, Maßnahmen für den Klimaschutz - es gab seither viele in der Partei höchst strittige Themen. Doch trotz ihrer Herkunft aus sehr unterschiedlichen politischen grünen Lagern rauften sich Lang und Nouripour stets zusammen. Dissonanzen ließen sie bislang nicht durchblicken.

Seit Donnerstagabend ist es damit vorbei. Innenministerin Nancy Faeser hatte bei dem entscheidenden EU-Ratstreffen in Luxemburg der umstrittenen EU-Asylreform zugestimmt. Der Kompromiss allerdings fiel anders aus als von den Grünen erhofft. Denn Faeser konnte die von der Koalition gemachte Vorgabe nicht durchsetzen, Familien und Minderjährige von geplanten Grenzverfahren an der Außengrenze auszunehmen. Nur unbegleiteten Minderjährigen bleiben die Lager erspart. Schon Minuten nach der Einigung brach deshalb bei den Grünen heftiger Streit aus, der auch die eigene Spitze spaltete. Zentrale Forderungen wie etwa eine Ausnahme für Familien mit Kindern im Grenzverfahren seien zwar nicht erreicht worden, sagte Nouripour am Abend. In der Gesamtschau komme er aber "zu dem Schluss, dass die heutige Zustimmung ein notwendiger Schritt ist, um in Europa gemeinsam voranzugehen". Co-Chefin Lang widersprach ihm öffentlich. Der Vorschlag zur Asylreform werde "dem Leid an den Außengrenzen nicht gerecht und schafft nicht wirklich Ordnung", schrieb sie auf Twitter. Sie komme deshalb zu dem "Ergebnis, dass Deutschland (...) im Rat heute nicht hätte zustimmen dürfen".

Die Asyl-Einigung der EU-Mitgliedstaaten zur Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen löst in der ohnehin aufgewühlten Partei heftige Reaktionen aus. Die überwunden geglaubte Trennung in Realos und Parteilinke war plötzlich wieder sichtbar. (...)

Auch Bundestagsabgeordnete kritisierten die Haltung Faesers hart. "Heute ist vielleicht der bitterste Tag meines politischen Lebens", sagte Julian Pahlke. "Es ist auch demokratietheoretisch ein Desaster, dass Faeser das Gegenteil vertreten hat von dem, was im Koalitionsvertrag fachlich ausgehandelt wurde." Mit der Einigung werde die Situation an den Außengrenzen massiv verschlechtert und das Asylrecht brutal beschnitten, kritisierte der Innenpolitiker Marcel Emmerich. Führende Minister der Grünen versuchen die Wogen zu glätten. Vizekanzler Habeck verteidigte den Kompromiss. "Ich habe hohe Achtung vor denen, die aus humanitären Gründen zu anderen Bewertungen kommen", sagte Habeck. Er sehe aber auch Gründe, "dieses Ergebnis anzuerkennen". Annalena Baerbock änderte kurzerhand das Programm ihrer Kolumbien-Reise, um per Videoschalten in Partei und Fraktion für den Kompromiss zu werben. "Zur Ehrlichkeit gehört: Wenn wir die Reform als Bundesregierung alleine hätten beschließen können, dann sähe sie anders aus", schrieb sie auch in einem Brief an die Fraktion. "Aber zur Ehrlichkeit gehört auch: Wer meint, dieser Kompromiss ist nicht akzeptabel, der nimmt für die Zukunft in Kauf, dass niemand mehr verteilt wird."

Die Asylverfahren in der EU sollen angesichts der Probleme mit illegaler Migration nach der Entscheidung von Luxemburg deutlich verschärft werden. (...) Vorgesehen ist etwa ein deutlich härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive. So sollen ankommende Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort soll innerhalb von drei Monaten geprüft werden, ob Antragsteller Chancen auf Asyl haben. Wenn nicht, sollen sie zurückgeschickt werden. Gleichzeitig wurde ein verbindlicher Mechanismus zur Verteilung von Geflüchteten vereinbart. Innenministerin Faeser hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern von den sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Sie fand jedoch zu wenige Unterstützer. Die SPD-Politikerin stimmte dem Kompromiss am Abend zu, obwohl er von der Koalitionslinie abwich. Nur so konnte es zu einer europäischen Einigung kommen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 9. Juni 2023, Markus Balsler

